

Sanierungsbedürftige Japan AG



Thomas Straubhaar

Lange Zeit galt Japan als leuchtendes Vorbild für die übrige Welt. Keine andere Volkswirtschaft entwickelte sich in der Nachkriegszeit auch nur annähernd mit ähnlicher Rasananz. Die „Japan AG“ – also das „eiserne Dreieck“ von Politik, Verwaltung und Wirtschaft – wurde als besonders zukunftsfähiges Modell für eine effiziente Strukturanpassung gepriesen. Vor allem gelobt wurde die scheinbare Überlegenheit der koordinierenden Planung des starken Staates gegenüber der unsichtbaren Hand des freien Marktes.

Heute wird das japanische Modell kritischer gesehen. Die 90er Jahre gelten für Japan als verlorenes Jahrzehnt. Die japanische Wirtschaft taumelte von Krise zu Krise. Das reale BIP wuchs seit 1995 insgesamt um nicht einmal 10%. Im Vergleich dazu stieg es in den USA um fast 25% und in der EWU um über 15%. Das gleiche trostlose Bild zeigen für Japan die meisten anderen makroökonomischen Leistungsziffern und auch die Aktienindizes.

Für die Gegenwart und die Zukunft ist keine Besserung in Sicht. Das BIP schrumpft, die Arbeitslosigkeit steigt auf historische Höchststände, die Beschäftigung liegt unter dem Niveau von 1995, die Aktienkurse suchen einen soliden Grund, die Brutto-Staatsverschuldung bleibt mit über 120% des BIP die höchste aller OECD-Länder, und die laufende staatliche Neuverschuldung liegt mit 6% an der OECD-Spitze. Die traditionellen geld- oder fiskalpolitischen Eingriffe sind bereits ausgereizt und wirkungslos verpufft.

Dabei liegen die Folgen der tiefgreifenden Strukturprobleme noch im Dunkeln. Die japanischen Banken sitzen auf Bergen fauler Kredite. Neue notleidende Kredite häufen sich genauso schnell an, wie die alten abgeschrieben werden müssen. Die Stabilität des Bankensystems steht in Frage, weil Unklarheit herrscht, inwieweit die japanische Lebensversicherungsbranche auf finanziell soliden Beinen steht. Diese Sorge wird weiter verschärft durch den Alterungsprozess der japanischen Bevölkerung. Die Geburtenhäufigkeit liegt in Japan auf einem tiefen, die Lebenserwartung auf dem höchsten Niveau. Beide Effekte führen zu einem besonders starken Anstieg des Anteils von Rentner(innen) an der schrumpfenden Gesamtbevölkerung auf über 60% zur Mitte des Jahrhunderts.

Wo liegen die Gründe für Japans Wandel von der Wachstumslokomotive der Vergangenheit zum Bremsen der heutigen Weltkonjunktur? Die möglichen Symptome der japanischen Krankheit wurden bereits 1994 von Sugahara Mariko aufgedeckt. Verkürzt zusammengefasst, zeigt ihre Analyse, dass die vielfach beschriebenen und auch im Westen viel bewunderten japanischen Tugenden (wie Konformität, Homogenität, Loyalität gegenüber der Firma, Kooperation und Korporatismus) hilfreich waren für das Zeitalter der Industrialisierung Japans, dass aber diese traditionellen Werte und Normen für eine post-industrialisierte Wohlstandsgesellschaft schlicht untauglich geworden sind.

Unmittelbare Konsequenz des japanischen Modells war und ist eine weitgehende Ausschaltung der Marktkräfte und ein hohes Ausmaß an langfristigen – oft impliziten – Vereinbarungen und informellen Austauschbeziehungen, die manchmal nur schwer fassbar, kaum messbar und deshalb für Außenstehende wenig nachvollziehbar sind. Dazu gehören auch die in japanischen Großbetrieben praktizierten Prinzipien der lebenslangen Beschäftigung und der Entlohnung und Beförderung nach Seniorität. Die Firma versorgt ihre Mitglieder

rundum und lässt sie auch in Krisenzeiten nicht fallen. Dafür erhält sie im Gegenzug absolute Loyalität und den unermüdlichen Einsatz der Firmenangehörigen.

Die große Bedeutung langfristiger Verbindungen, informeller Beziehungsnetze, impliziter Verträge und firmeninterner Vereinbarungen führte dazu, dass Japan eine geschlossene Volkswirtschaft geblieben ist. Zwar ist Japan nach den USA und Deutschland die drittgrößte Welthandelsnation mit einem Anteil von rund 7% am gesamten Welthandel. Aber gemessen am japanischen BIP erreicht der Import von Waren und Dienstleistungen in Japan nur rund 8%. Von allen OECD-Ländern ist dies mit Abstand der niedrigste Offenheitsgrad. Hinzu kommt, dass nichtverarbeitete Güter und Rohstoffe einen erheblichen Teil der japanischen Importe ausmachen. Demgegenüber bleibt der Importanteil bei industrialisierten Fertigprodukten im Vergleich zu den übrigen OECD-Ländern gering. Anders ausgedrückt: Der japanische Gütermarkt ist fest in den Händen der einheimischen Anbieter.

Dieselbe nationale Abschottung wie beim Güter- und Dienstleistungsmarkt zeigt sich auch für die Faktormärkte. Wie beim Handel mit Waren und Dienstleistungen liegt Japan am Schluss der OECD-Ranglisten, wenn es um den Zufluss ausländischer Direktinvestitionen oder um die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte geht. Der jährliche Zustrom ausländischer Direktinvestitionen erreicht gerade einmal 1 Promille des BIP. Der Bestand der ausländischen Direktinvestitionen – also die Summe aller bisherigen Zuflüsse plus die Wertberichtigungen – liegt bei weniger als 1% des BIP. Auf den Punkt gebracht: Es finden sich kaum Tochterfirmen ausländischer multinationaler Unternehmungen in Japan.

Auf dem japanischen Arbeitsmarkt gibt es gerade einmal 120 000 ausländische Arbeitskräfte. Dies entspricht 0,2% aller Beschäftigten! Hinzu kommt, dass von der jährlich mit einer zeitlichen Befristung bewilligten Zuwanderung 70% als so genannte „Entertainer“ einreisen dürfen. Es soll hier nicht erörtert werden, in welchen Bereichen die in hohen Anteilen aus den Philippinen stammenden Frauen erwerbstätig sind. Zweifelsfrei aber ist, dass kein anderes OECD-Land seinen nationalen Arbeitsmarkt gegenüber dem Ausland auch nur annähernd so stark abgeschottet hat wie Japan.

Japan ist also eine in weitem Maße geschlossene Nation geblieben. Die Internationalisierung der Volkswirtschaft steht erst am Anfang. Der Wettbewerb von außen hat das eiserne Gerüst der „Japan AG“ scheinbar nicht ins Wanken gebracht. Noch halten die Schutzmauern des korporatistischen Wirtschaftssystems. Aber das Fundament ist mehr als morsch geworden. Denn Kooperationen tragen nun einmal die Gefahr kostspieliger Kollusionen in sich, die nicht zu mehr Effizienz, sondern zu mehr Umverteilung führen. Absprachen zulasten unbeteiligter Dritter, die oft auch in Korruption und unrechtmäßiger Begünstigung münden, lassen im Ergebnis eine „Rent seeking society“ entstehen, in der Interessenskartelle das Sagen haben.

Das Problem dabei ist, dass eine „Rent seeking society“ den Kern eines sich selbst verstärkenden selbstzerstörenden Prozesses in sich trägt: Anstatt Gesellschaft und Wirtschaft immer wieder einem sich ebenso laufend ändernden Umfeld anzupassen, werden Besitzstände verteidigt. Institutionelle Reformnotwendigkeit und Reformwilligkeit der Entscheidungsträger klaffen dann jedoch zunehmend auseinander. „Outsider“ werden zunächst versuchen, zu „Insidern“ zu werden, um auch ihren Anteil vom Rentenkuchen abzubekommen. Besonders dramatisch wird die Situation, wenn vor allem die talentierten, innovativen und kreativen Mitglieder einer Gesellschaft lieber nach politischen Ämtern und den damit erzielbaren Renten streben als danach, betriebswirtschaftliche Gewinne zu erzielen.

Die japanische Gesellschaft zeigt typische Symptome einer „Rent seeking society“. Notwendig wäre eine Totalsanierung der „Japan AG“, aber es fehlen der politische Wille und die ökonomische Kraft zu tun, was getan werden müsste. Jede Therapie der japanischen Krankheit wird zunächst einmal den Patienten weiter schwächen und seine Leiden verstärken. Deshalb wird es für jede „Reformregierung“ wohl mehr als politischen Mut brauchen, anzuschieben, was erst längerfristig Heilung bringen würde. Zur Zeit ist es mehr als fraglich, ob es der Regierung von Premierminister Koizumi gelingen wird, die Macht des „eisernen Dreiecks“ zu brechen, um jene grundlegenden, weitreichenden Strukturreformen durchzusetzen, die allein die Abwärtsspirale der „Rent seeking society“ stoppen könnten.